

24. OKT



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/244 - 24. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0838890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Bestätigtes Vertrauen</u> Zum Ergebnis der Gemeindevahlen in Hessen und Rheinland-Pfalz	42
2	<u>Fünf Jahre danach</u> Zur Erinnerung an die Saarabstimmung am 23. Oktober 1955 Von Friedrich Rogitz, MdL	35
3	<u>Die Internationalisierung des Algerienkrieges</u> Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	53
4 - 5	<u>Ostblockjugend macht Sorgen</u> In Bulgarien geht es um moderne Pänze und die Kleidung	63
6 - 7	<u>Buchbesprechung:</u> <u>Mißbrauchter Karl Marx</u> Der russische Expansionsdrang und die Politik der Westmächte * * * * *	76

Bestätigtes Vertrauen

Zum Ergebnis der Gemeindewahlen in Hessen und Rheinland-Pfalz

sp - Rund 80 Prozent der 5,6 Millionen Wahlberechtigten in Hessen und Rheinland-Pfalz haben am vergangenen Sonntag für die Neubesetzung der Gemeinde- und Kreisparlamente ihre Stimme abgegeben. Das ist ein verhältnismässig grosser Prozentsatz und er zeugt für die rege Anteilnahme der Bevölkerung am kommunalpolitischen Geschehen. Im überschaubaren Bereich der Gemeinde kann der Bürger am ehesten beurteilen, aus welchem Holz die Männer und Frauen geschnitzt sind, die die Gemeinde verwalten. Örtliche Gegebenheiten spielen bei der Stimmabgabe oft eine ausschlaggebende Rolle, Sympathien und Antipathien entzündeten sich oft mehr an Personen als an politischen Gegensätzen.

Von diesen lokalen Gegebenheiten abgesehen, haben die Gemeindewahlen von Rheinland-Pfalz und Hessen doch einen gemeinsamen Nenner. Sie bestätigen den Zug zu den grossen Parteien. Die unpolitischen Wählergemeinschaften, um die in den letzten Monaten soviel Wind entstand, blieben am Rande liegen. Die Wähler entscheiden sich auch bei Gemeindewahlen in wachsendem Maße für politische Parteien. In beiden Ländern haben SPD und CDU ihren Vorrang behaupten können. Die FDP scheint ihre Krisenanfälligkeit überwunden zu haben, sie hat bescheidene Erfolge aufzuweisen, während alle übrigen Parteien mehr oder weniger ein Schattendasein führen. Die CDU hatte sich die "Erstürmung" der sozialdemokratischen Rathäuser vorgenommen; sie konnte wohl einige Stimmengewinne erzielen; aber im Ganzen blieb doch ihre Offensive schon im Anlauf stecken. Die Sozialdemokraten behaupteten in den Gross- und Mittelstädten ihre Vorrangstellung. Es gelang der CDU in Hessen nicht, die Mehrheit der SPD in den Städten zu brechen. In diesem Lande gewannen die Sozialdemokraten im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen rund 100 000 Stimmen, die sich sowohl auf Land- als auch auf Stadtkreise verteilen. In diesem Vertrauensvotum drückt sich die Anerkennung für die sozialdemokratischen kommunalen Aufbauleistungen aus. In Rheinland-Pfalz hat die CDU zwar einen Stimmengewinn von knapp vier Prozent zu verzeichnen (im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 1956), die Position der Sozialdemokraten vor allem in den Städten blieb jedoch unerschüttert. Die DRP ging mit grossen Hoffnungen in den Wahlkampf, sie blieb mit Ausnahme von Kaiserlautern jedoch weit im Eintertreffen. Diese rechtsradikale Partei hat keine Zukunft, von ihr geht keine Anziehungskraft auf die Wähler aus.

Die deutsche Sozialdemokratie ist in den Kommunen fest verankert, hier legt sie täglich Zeugnis ab, was Männer und Frauen zu leisten vermögen, die sich dem Dienst am Allgemeinwohl verpflichtet fühlen. Dass sie Vertrauen verdienen, das haben am letzter Sonntag die Gemeindewahlen in Hessen und Rheinland-Pfalz überzeugend bewiesen.

Fünf Jahre danach

Von Friedrich Hegitz, Mdl

Am 23. Oktober jährte sich der Tag der Volksabstimmung über das zwischen Frankreich und Deutschland ausgehandelte Saarstatut zum fünften Male. Rückschauend muss festgestellt werden, dass die im Saarstatut von Konrad Adenauer und Mendés-France geplante Unterstellung des Saarlandes unter die Hoheit der Westeuropäischen Union kein gute Lösung gewesen wäre. Die WEU ist über ihre militärische Bedeutung nicht hinausgewachsen und hat nicht vermocht, die Nationalstaatlichkeit Europas zu verdrängen und ein vereinigtes Europa zu begründen. Auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, in der hinsichtlich des Abbaues der Zölle und der Liberalisierung des Warenverkehrs gewisse Fortschritte erzielt wurden, trägt in sich nicht den zündenden Funken, der Völker oder Volksteile veranlassen könnte, ihre nationale Zugehörigkeit aufzugeben. Die Europäisierung eines Teilgebietes eines Landes ist heute noch so problematisch wie sie vor fünf Jahren war.

Deshalb war es gut, dass zwei Drittel der saarländischen Bevölkerung das ihr vorgelegte Statut ablehnten und damit den Weg für neue Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich ebneten, die schliesslich zur politischen und wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik führten. Diese Entscheidung war schwierig, weil für den Fall der Ablehnung des Statuts von den Vertragsschliessenden keine Lösung aufgezeigt war. Die Schwierigkeiten konnten überwunden werden, weil Frankreich sich bereit erklärt hat, den Willen der Saarbevölkerung zu respektieren und den Saarvertrag von Oktober 1956 entsprechend zu gestalten. Dafür gebührt unserem Nachbarland auch heute noch Dank und Anerkennung.

In den vergangenen fünf Jahren hat es an der Saar noch zahlreiche Auseinandersetzungen um die damalige Haltung von Parteien und Personen gegeben. Sie sind allmählich abgeklungen und haben einer Normalisierung der Verhältnisse Platz gemacht. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn angesichts der bevorstehenden Auseinandersetzungen um die Neuwahl des Landtages die Meinungsverschiedenheiten wieder neu aufleben würden und wenn eine Seite den Versuch machen würde, die andere zu diffamieren. Eine solche Wahlkampfführung wäre antiquiert und käme einem Schattenboxen gleich. Die grosse historische Bedeutung des 23. Oktober 1955 sollte die Politiker veranlassen, ihm einen unverrückbaren Platz in der Geschichte unserer Heimat zu sichern. Er sollte sie davor bewahren, den Versuch zu machen, diesen Tag in den politischen Meinungsstreit der Gegenwart hineinzuziehen.

Die Internationalisierung des Algerienkrieges

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Internationalisierung des Algerienkrieges hat begonnen. Es war vorauszusehen, daß ein Krieg, der jetzt in sein siebentes Jahr tritt (er begann Anfang November 1954), bei der gegenwärtigen Verflechtung der internationalen Interessen, nicht lokal oder national begrenzt bleiben konnte. Nur rechtzeitige Waffenstillstandsverhandlungen und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes hätten diese Gefahr bannen können.

Ursprünglich befürchtete man eine Ausdehnung des Krieges auf die beiden nordafrikanischen Nachbarländer, auf Tunesien und Marokko. Zahlreiche Grenzzwischenfälle und die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Paris einerseits, Rabat und Tunis andererseits, deuten darauf hin. Die bevorstehende Algeriendebatte der Vereinten Nationen, vor allem aber die neuesten sowjetischen Schritte zeigen, daß die Gefahr noch grösser ist und ganz andere Formen annimmt.

Die Sowjetregierung hat jahrelang im Algerienkrieg eine weitgehende Neutralität bewahrt. Noch im März dieses Jahres betonte Chruschtschow anlässlich seines Besuches in Frankreich, Algerien sei eine innerfranzösische Angelegenheit. Er legte damals auf gute Beziehungen zwischen Moskau und Paris grossen Wert und hoffte sogar, so Gaulle für einen Austritt aus dem Atlantikpakt und für eine neue französisch-russische Allianz zu gewinnen.

Erst seit dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz im Mai und dem darauffolgenden Scheitern der französisch-algerischen Besprechungen in Mekun, hat Moskau seine Haltung zur FIM Schritt für Schritt geändert. Die letzten Meilensteine dieser Entwicklung sind der freundliche Empfang des Präsidenten der algerischen Exilregierung, Ferhat Abbas, in Moskau, selbstverständlich unter dem Druck der noch aktiveren Haltung Peking's, die faktische, wenn auch noch nicht juristische Anerkennung der Exilregierung durch Chruschtschow in New York und schließlich die demonstrative Sendung verstärkter Hilfe an die algerischen Aufständischen in Tunesien.

Der tunesische Präsident Burghiba, der all die Jahre hindurch gerade vor einer russischen oder chinesischen Intervention in Nordafrika warnte, ist jetzt gezwungen, "die Hilfe des Teufels" nicht nur zu akzeptieren, sondern sogar zu begrüßen, weil er keinen anderen Ausweg mehr sieht und womöglich auf diesem Umweg eine Intervention der Vereinten Nationen oder Vereinigten Staaten herbeiführen will.

Man kann allerdings annehmen, daß die USA dieser Entwicklung nicht untätig zuschauen werden. Die beiden amerikanischen Präsidentschaftskandidaten sind zu einer aktiven Haltung in Afrika und auch in Algerien entschlossen. In Frankreich führt dies wieder zu einer verstärkten Reaktion der "Nationalen". Die Erklärung bestimmter französischer Politiker und Militärs, Algerien sei ein Frontabschnitt des Westens im Kampf gegen die kommunistische Gefahr, im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft, erhalten neue Nahrung durch die sowjetischen und chinesischen Hilfsleistungen an die FIM, tendieren aber gleichfalls zu einer Internationalisierung des Konfliktes.

Es geht in den nächsten Monaten möglicherweise nur noch darum, ob diese Internationalisierung zu einer Ausdehnung des Kriegsherdes führt oder zu einer internationalen Bemühung, den Brand einzudämmen und zu ersticken, bevor es zu spät ist.

Ostblockjugend macht Sorgen

rh - Die "dekadenten amerikanischen Einflüsse" machen den Regimes in den Ostblockstaaten reihum schwere Sorgen. Es handelt sich dabei sowohl um die modernen Tänze, die trotz des Eisernen Vorhanges der Ostblockjugend bekanntgeworden sind und bei ihr grossen Anklang finden, als auch um Blue Jeans und Pferdeschwänze, für die der Eisernen Vorhang gleichfalls kein Hindernis ist. Je näher eines der Ostblockländer dem Westen ist, desto mehr hat das zuständige Regime mit diesen Erscheinungen zu tun, aber auch etwas abseits gelegene Länder, wie zum Beispiel Bulgarien, bleiben von diesen "Einflüssen" nicht vorschont und müssen sich mit ihnen auseinandersetzen, falls sie die Dinge nicht einfach, wie es Polen getan hat, treiben und von selber auslaufen lassen.

Bulgarien sah sich vor kurzem wie seinerzeit das Prager Regime vor die Tatsache gestellt, dass in den Straßen der Städte Jugendliche in Blue Jeans auftauchten und junge Mädchen ihre Haare zu Pferdeschwänzen zusammengebunden hatten, ohne dass irgendeine Zeitung oder Zeitschrift von diesen "amerikanischen Modetorheiten" berichtet hätte. Erst dann fand die Presse für die Blue Jeans die Bezeichnung "Rock'n-Roll-Rosen", publizierte giftige Kommentare und war besonders böse auf die jungen Mädchen, die vor der "bulgarischen Haartracht" keinen Respekt mehr hatten. Allerdings gab es dann ein peinliches Malheur, als in Bulgarien eine Gruppe junger Kommunisten aus Österreich eintraf; die Jungen trugen Blue Jeans und die Mädchen Pferdeschwänze, ohne dass man die "befreundeten" Gäste deshalb hätte schelten können.

Heute kommt es in Bulgarien nicht mehr vor, dass Jugendliche von der Polizei festgenommen werden, wenn sie Blue Jeans tragen. Früher entliess die Polizei einen Jugendlichen nur dann, wenn er imstande war, die engen Hosen an- und auszuziehen, ohne sich der Schuhe zu entledigen. Konnte er das nicht, so war er ein "Rowdy" und ein Feind des Regimes und musste sein "Verbrechen" abarbeiten.

Die Kleidung der Jugendlichen macht aber dem Regime weiterhin Sorgen, denn diese gehen, wenn sie schon nicht Blue Jeans tragen sollen, sehr salopp angezogen und sind auch in ihrem Benehmen in der Öffentlichkeit nach Ansicht vieler Funktionäre nicht einwandfrei. Eine der bei solchen Gelegenheiten üblichen Leserdebatten im amtlichen Organ der Jugendlichen "Narodna Mladesch" (Volksjugend) gipfelte in dem Vorschlag eines ehemaligen Partisanen, die Jugendlichen hätten in den Betrieben, Büros und in den Schulen mit gebügelten Kleidern, saubereren Händen und Blusen, mit geputzten Schuhen und (die männlichen Jugendlichen) stets rasiert zu erscheinen. Alle Briefschreiber waren jedoch mit diesem Vorschlag nicht einverstanden und lehnten es vor allem ab, Ideologie und politische Überzeugung mit der "sich wandelnden Mode" in einen Topf zu werfen.

Auch mit dem Jazz und den modernen Tänzen hat man in Bulgarien grossen Ärger und Sorgen. Da moderne Tänze von den Behörden nicht geduldet werden, weichen die Studenten der Hochschulen in Sofia in Vorstadtlokale aus und es kommt auch vor, dass sie Parties mit modernen Tänzen selbst in den Kellern der Hochschulgebäude veranstalten. Da man nicht weiss, wie man dieser "Seuche" Herr werden soll, will man jetzt authentische Berichte darüber einholen, welche Einstellung zum Jazz und den modernen Tänzen in den anderen Ostblockländern Platz gegriffen hat. Bulgarische Studenten haben aus der Tschechoslowakei und aus der Sowjetzone berichtet, dass dort offiziell Jazz-Konzerte abgehalten werden und dass auch moderne Tänze in einer "gesitteteren Form" zulässig sind. Es scheint für die mit der Jugenderziehung befassten Instanzen in Bulgarien besonders schwer zu sein, zwischen dem solange propagierten "Hochhalten der nationalen Tradition" und dem Verlangen der Jugend, sich "modern" zu gebärden, einen Ausgleich zu finden. Nur auf die Jugend wegen ihrer "Dekadenz" zu schimpfen, scheint auch in Bulgarien keine Wirkung mehr zu erzielen.

Buchbesprechung:Mißbrauchter Karl Marx

"Marx kontra Rußland". Der russische Expansionsdrang und die Politik der Westmächte. Berichte von Karl Marx als europäischer Korrespondent der "New York Daily Tribune" 1853 bis 1856. Herausgegeben von Professor Dr. J. A. Doering, Handelshochschule St. Gallen. See-wald Verlag Stuttgart-Degerloch 1960, 156 Seiten brosch. 9,80 DM

O.M.H. - Zu einer neuen Ausgabe einer Schrift von Karl Marx greift man mit freudiger Erwartung, zumal wenn es sich - wie hier - um eine Schrift handelt, die bisher in deutscher Sprache nicht vorliegt. Die Aufsätze, die Marx und Engels (dieser unter dem Namen Marx) 1853 bis 1856 zur orientalischen Frage geschrieben, wurden 1897 von Eleanor (Tussy) Marx unter dem Titel "The Eastern Question" herausgegeben. Also endlich liegen diese Aufsätze in deutscher Sprache vor.

Aber die Freude wandelt sich bald in Enttäuschung und Empörung. Was uns hier geboten wird, ist kein Abdruck jener Ausgabe von 1897, sondern ein tendenziös und wissenschaftlich völlig indiskutabel zusammengeschnittenes Machwerk. Der Herausgeber schreibt selbst, er habe "nach Möglichkeit alles weggelassen, was auf das unmittelbare, uns hier weniger interessierende Tagesgeschehen von damals zugeschnitten war."

Am Anfang und Ende jedes Aufsatzes stehen einige Punkte. Ob aber auch, wie zu vermuten, zwischendurch Streichungen erfolgten, bleibt unersichtlich. Weiter heißt es: "Die Zweckbestimmung dieser Ausgabe hat den Herausgeber auch veranlaßt, von der chronologischen Anordnung abzugehen."

Was aber ist die "Zweckbestimmung dieser Ausgabe"? Sagen wir es kurz: primitivster Antibolschewismus in einer Form, wie er von den Nazis geliebt wurde. Dabei geht es dem Verfasser im Grunde nicht einmal um den Stalinismus oder Leninismus, nicht um den Versuch, Marx gegen die stalinistischen "Theorien" als Helfer aufzurufen, was durchaus möglich und bisweilen notwendig ist. Er vertritt die These: "Ob der russische Zar Alexander, Nikolaus oder Stalin bzw. Chruschtschow heißt, spielt nur eine untergeordnete Rolle". Mit der gleichen Logik könnte man sagen: "Ob der deutsche Reichs- bzw. Bundeskanzler Bismarck, Hitler oder Adenauer heißt, spielt nur eine untergeordnete Rolle".

Daß eine derartige Geschichtsmetaphysik nichts mit Karl Marx zu tun hat, weiß jeder Kenner. Aber der Herausgeber unterstreicht seine Unkenntnis der Marxsche Geschichtsauffassung noch, indem er behauptet: "Zugleich erhellt aus dieser Tatsache aber auch, daß für Karl Marx vor der Dialektik

zwischen Kapital und Arbeit diejenige, zwischen dem Westen und dem Osten stand."

Nach dem, was der Verfasser von dem Gegensatz zwischen Westen und Osten meint, handelt es sich hier um eine Antinomie, um einen unlösbaren, über alle Zeiten hinweg unwandelbaren Gegensatz, nicht um ein dialektisches Spannungsverhältnis, das die Einheit im Gegensatz umfaßt. Aber Marx kämpft in seinen Aufsätzen - und ähnlich in seiner Schrift "Herr Vogt", die zum Verständnis dieser Frage noch heranzuziehen wäre - nicht gegen das russische Volk, sondern gegen den Zarismus als den Hort aller damaligen Reaktion. Die Geschichtsmetaphysik, die der Herausgeber Marxunterstellt, wird völlig als sinnlos "erkollt", wenn man das Buch zum Vergleich heranzieht, das Eleanor Marx neben der "Eastern Question" aus den Tribune-Aufsätzen von Marx und Engels herausgab: "The Story of the Life of Lord Palmerstone". Marx sah nämlich in allen seinen Aufsätzen in der "Tribune" stets den damaligen englischen Premier Palmerstone als engsten Helfer der zaristischen Politik an, ja er behauptete mehrfach, Palmerstone stehe im Solde des Zaren.

Wir verweisen hier auf die wertvolle Studie von N.Rjasanow: "Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Rußlands in Europa" (Ergänzungshefte zur Neuen Zeit 1908/1909 Nr.5). Rjasanow gibt den Marxsehen Standpunkt wie folgt wieder: "Die politische Sklaverei, in der sich das kontinentale Europa gegenüber Rußland befand, wurde vervollständigt durch seine wirtschaftliche Abhängigkeit von England. Die Revolution von 1848 zerschellte in nicht geringerem Maße am Widerstand Rußlands, dieses politischen Despoten Europas, als am Widerstand Englands, dieses Despoten des Weltmarktes." (a.a.O. S.5)

Aber all das scheint der famose Herausgeber nicht zu wissen. Er weiß anscheinend auch nicht, obwohl die Lektüre des Marx-Engelschen Briefwechsels es hundertfach beweist, daß ein großer Teil der unter dem Namen von Marx in der "Tribune" erschienenen Artikel tatsächlich von Friedrich Engels geschrieben wurde. Das gilt besonders für alle militärischen Darstellungen, da Marx hier immer Engels als den "zuständigen Fachmann" anerkannte - ob zu Recht, das spielt hier keine Rolle. Nur so ist es zu erklären, daß als Vorbemerkung zu dem Abschnitt "Karl Marx als Militärschriftsteller" zu lesen ist: "Er (Karl Marx) verfügt auch über eine überdurchschnittliche militärische Begehung und über stupende Kenntnisse auf diesem Gebiet, die ihn in die vorderste Reihe der Militärschriftsteller rücken."

Mit dieser "Feststellung" beweist der Verfasser nur seine "überdurchschnittliche und stupende Unkenntnis" des Lebens und Werkes von Karl Marx.

+ + +